

uneben ausgefallen ist, daß es kein »großer Wurf« geworden ist, liegt nicht zuletzt an den Entstehungsbedingungen (und im übrigen: »große Würfe«, die diesen Namen verdienen, kann man sowieso an den Fingern zweier Hände abzählen). Weit und breit gibt es nichts Besseres. Wenn insbesondere das gebildete Militärpublikum sowie die militär-fremden Intellektuellen des Bildungsbürgertums durch die Beschäftigung mit diesem Beispiel moderner Militärgeschichtsschreibung eine Reihe ihrer hartnäckig gepflegten Vorurteile abarbeiten würden, wären die Verdienste von Herausgebern, Autoren und Verlag nicht hoch genug zu würdigen.

Wilfried von Bredow

Eckhard Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945—1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik (= Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 3), Fritz Knapp Verlag, Frankfurt 1980, 220 S., Ln., 66 DM.

Die von der neueren Forschung kontrovers diskutierte Frage nach der Zielstrebigkeit der amerikanischen Besatzungspolitik beim deutschen Wiederaufbau seit 1945 wird in dieser Spezialstudie in wichtigen Aspekten modifiziert. Wandel sieht bei der Neuordnung des deutschen Geld- und Kreditwesens die dominierende Rolle der Vereinigten Staaten, gleichwohl führt er das nicht auf von vornherein feststehende ordnungspolitische Absichten zurück. In mehreren Durchgängen werden die Entstehung der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, die Entflechtung der Großbanken sowie die Vorgeschichte und Durchführung der Währungsreform im Juni 1948 dargestellt. Vor allem anhand bisher unerschlossener Akten der amerikanischen Besatzungsbehörden (OMGUS) sowie privater Nachlässe amerikanischer Akteure wird nachgewiesen, daß 1945 wohl die Notwendigkeit einer umfassenden Neuordnung des durch die nationalsozialistische Aufrüstung und Kriegsfinanzierung schwer gestörten Geldsystems gesehen wurde, über die Durchführung aber weitgehend Unklarheit herrschte.

Einmal bestanden Dauerkonflikte zwischen den einzelnen Besatzungsmächten: Frankreich widersetzte sich lange jeder gesamtstaatlichen Planungsinitiative und wollte auch nicht die mit einer Währungsreform verbundene Streichung der gewaltigen Reichsschulden akzeptieren; die Sowjetunion, die im Dauerstreit mit den Westalliierten um die Bezahlung der in Jalta und Potsdam anerkannten Reparationen lag, blieb mißtrauisch. Sie neigte wohl den US-Vorstellungen zur Dezentralisierung des deutschen Bank- und Kreditsystems zu, weigerte sich jedoch, einer gemeinsamen Kontrolle zuzustimmen. Unter dem aufbrechenden Ost-West-Konflikt wurden hier bestehende Übereinstimmungen immer mehr zur Alibifunktion. Die größten Widerstände kamen jedoch von der britischen Regierung, die sich nicht nur einer Dezentralisierung widersetzte, sondern auch an einer Währungsreform nur wenig Interesse hatte, weil sie deutsche Exportkonkurrenz befürchtete und durch die Restitution des mit der Währungsreform verbundenen Marktsystems ihre Kontrollmöglichkeiten verschwinden sah.

Aber nicht nur zwischen den Besatzungsmächten herrschten Differenzen, auch die amerikanischen Besatzungsbehörden standen im Dauerstreit mit der politischen Führung im State Department. Verschiedene Vorschläge, die Besatzungspolitik vom Kriegsministerium an die Außen- und Finanzminister zu delegieren, scheiterten immer wieder, so daß die Militärbehörden, wie der Autor zeigt, weitgehend auf sich allein gestellt blieben. Das erklärt einmal ihre Versuche, in der eigenen Zone schnell deutsche Länderverwaltungen aufzubauen, mit entsprechend fallendem Interesse, die in Potsdam festgelegte Entnazifizierung energisch durchzuführen. Das wird aber auch erkenntlich in ihrer Besatzungspolitik, die zwischen Konzeptionslo-

sigkeit, divergierenden Strategien, abwartender Haltung und unberechenbarer Eile hin und her schwankte.

Bis Anfang 1946 waren von jüngeren Armeeingehörigen einzelner Spezialabteilungen Pläne zur Geldreform und Neuordnung des Bankwesens fertiggestellt worden (Colm-Dodge-Goldsmith-Plan), die jedoch erst nach dem Bruch mit der Sowjetunion, der Bizonengründung und Marshallplaninitiative mit entsprechendem finanziellen Druck auf England und Frankreich die Chance zur Verwirklichung hatten. Während die Amerikaner, zumal nach deutschen Protesten, hierbei den Engländern nachgaben und etwa auf ihre ursprünglichen Absichten streng regionaler Landesbanken mit einer lediglich koordinierenden Zentralinstanz anstelle der alten Reichsbank verzichteten und auch nicht mehr auf einer Abschaffung des Universalbankprinzips bei den Großbanken bestanden, entsprach die Währungsreform jedoch originär amerikanischen Vorgaben. Zwar kursierten entsprechende Vorstellungen auch in Deutschland, Wandel nennt etwa 250 solcher Pläne, deutsche Geldexperten waren auch zu Beratungen herangezogen worden; doch bezog sich das im wesentlichen auf die Durchführung der Reform, inhaltlich konnten deutsche Stellen kaum einen Einfluß geltend machen.

Die Bank deutscher Länder vom 1. März 1948, aus der 1957 die Bundesbank hervorging, war die erste trizonale Institution. Dieses »zweistufige Zentralbanksystem«, bestehend aus den Landeszentralbanken und der juristisch als Tochtergesellschaft fungierenden Zentrale in Frankfurt, schuf die Voraussetzungen für die Währungsreform und die Durchführung der Marshallplanhilfe, die den schnellen Aufschwung, so Wandel mit verhaltener Kritik etwa an Abelshausers Rekonstruktionsmodell, einleiteten.

Zahlreiche Einzelheiten, so etwa über die neue Notenpolitik ohne überkommene konventionelle Deckungsregeln, über die Wechselkursgestaltung, die Zigarettenwährung des Schwarzmarktes, interessante Details über die Durchführung der Währungsreform, die Restauration der alten Großbanken und zahlreiche im Anhang abgedruckte Dokumente runden das Bild dieser Studie ab. Die mit der Geldreform verbundenen Fragen nach den sozialen Auswirkungen, den Ausgangs- und Startbedingungen der verschiedenen Gruppen, der Begünstigung von Schuldnerpositionen und Sachwertbesitzern, werden allerdings nicht behandelt. Auch die Problematik des sogen. Lastenausgleichs, der von den Amerikanern künftigen deutschen Entscheidungen überlassen wurde, gehört nicht mehr zum Gegenstand dieser Untersuchung. Im Vordergrund stehen vielmehr die ordnungspolitischen Weichenstellungen der Geldreform, die die bisherige Zwangswirtschaft abbauten und das günstige Klima für das sogen. »Wirtschaftswunder« lieferten.

Claus-Dieter Krohn